

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Mittwoch, dem **27.02.2019**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 vom 12.12.2018**
- 4. Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Feststellungsbeschluss der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 031/2019**
- 5. Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 - Hauptstraße/Dollstraße
Vorlage: 032/2019**
- 6. Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 - Ortskern Neustadtgödens
Vorlage: 033/2019**
- 7. Abwägung und Verabschiedung Lärmaktionsplan
Vorlage: 036/2019**
- 8. Schaffung barrierefreier Toilettenanlagen im Rathaus Sande
Vorlage: 035/2019**
- 9. Umweltbewusstere Durchführung gemeindlicher Veranstaltungen
Vorlage: 034/2019**
- 10. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

2. stellv. Bürgermeisterin Ruth Bohlke als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Frank Behrens
Ratsherr Frank David
Ratsherr Peter de Boer

Vertreter/in

Ratsherr Hermann Kleemann Vertretung für Frau Ratsfrau Angela Hoffbauer

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtsrätin Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Bürgermeister Eiklenborg eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 vom 12.12.2018**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Feststellungsbe-**

schluss der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 031/2019

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Begründung mit Umweltbericht als Satzung.

Die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes ist dem Landkreis Friesland zur Genehmigung gemäß § 6 BauGB vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 - Hauptstraße/Dollstraße**
Vorlage: 032/2019

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG die vorhabenbezogene 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 mit der Begründung mit Umweltbericht als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 - Ortskern Neustadtgödens**
Vorlage: 033/2019

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der

Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 mit Begründung und Umweltbericht als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Abwägung und Verabschiedung Lärmaktionsplan**
Vorlage: 036/2019

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt den vorliegenden Lärmaktionsplan der Gemeinde Sande gemäß § 47 d des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Schaffung barrierefreier Toilettenanlagen im Rathaus Sande**
Vorlage: 035/2019

Nach der Vorstellung des Sachverhalts durch die Verwaltung sprach sich die SPD-Fraktion für die Einrichtung nur einer barrierefreien Toilette vorrangig im Bereich des Sozialtraktes aus. Die CDU-Fraktion hingegen lehnte die Maßnahme gänzlich mit Hinweis auf die angespannte Haushaltslage ab und monierte, dass diese Maßnahme nicht im Rahmen der Rathaussanierung vorgeschlagen wurde. Hierzu führte die Verwaltung aus, dass die energetische Sanierung des Rathauses im Vordergrund stand und angesichts des begrenzten zur Verfügung stehenden Budgets darüberhinausgehende Maßnahmen in Abstimmung mit den Ratsgremien nicht vorgesehen werden sollten. Die Gruppe Grüne/FDP sprach sich zunächst ebenfalls gegen die Einrichtung einer barrierefreien Toilette aus, schloss sich dann jedoch, nachdem der Hinweis erfolgte, dass auch für die Mitarbeiter eine solche Einrichtung zur Verfügung stehen muss, dem Vorschlag der SPD-Fraktion an.

Aufgrund der Anregung der Verwaltung, dass der Standort im Verwaltungstrakt aufgrund der höheren Frequentierung besser geeignet ist, als der im Sozialtrakt und der Ergänzung durch ein Ausschussmitglied, dass die Toiletten im Sozialtrakt zudem räumlich großzügiger gestaltet sind und mit einem Rollator befahren werden können, verständigte sich der Ausschuss darauf, die künftige barrierefreie Toilette im Verwaltungstrakt einzurichten. Die CDU-Fraktion signalisierte, diese Vorgehensweise mitzutragen.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel für die Einrichtung einer barrierefreien Toilettenanlage im Verwaltungstrakt des Rathaus in Höhe von rd. 30.000 € einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Umweltbewusstere Durchführung gemeindlicher Veranstaltungen
Vorlage: 034/2019

Seitens der Gruppe Grüne/FDP wurde der Verwaltungsvorschlag positiv gesehen, aber angeregt, dass die Entscheidungen über begründete Ausnahmen nicht durch die Verwaltung sondern durch den Verwaltungsausschuss getroffen werden. Dieser Vorschlag erfolgte vor dem Hintergrund, dass die Ratsmitglieder dann über Ausnahmeregelungen informiert sind und auf etwaige Nachfragen aus der Bevölkerung reagieren können.

Beschlussvorschlag:

Bei gemeindlichen Veranstaltungen werden grds. Gläser und Mehrweggeschirr / Besteck eingesetzt. Sollte dies aus organisatorischen Gründen nicht umsetzbar sein, ist der Einsatz von Einmalprodukten erlaubt, wenn diese plastikfrei und biologisch abbaubar sind. In begründeten Einzelfällen kann der Verwaltungsausschuss Ausnahmen zulassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- - -

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.